

Im Schatten des Minarets

Spanien überdenkt sein Verhältnis zum Islam

Anfang Mai, Granada feiert die „Fiesta de las Cruces“. Mit Nelken geschmückte Kreuze zieren die Plätze der Stadt, drum herum wird getanzt und getrunken. Dabei ist das Wetter viel zu kalt für die Jahreszeit. Der Regen fällt in dicken Tropfen auf das Menschenmeer, das an die Ränder der Plaza Nueva brandet, aufgepeitscht vom Bacalao, der populären Variante des spanischen Techno. Auch hier steht ein Kreuz, aber es versinkt in der Dünung der Leiber. So gerät die Szene zur Allegorie auf die Lebenslust und Diesseitigkeit der spanischen Jugend.

Ein paar Gassen weiter verebbt der Lärm. In einem Haus am Fuße des Albayzin, des alten Maurenviertels, verbirgt sich eine Moschee. Männer verschwinden unter einem Hufeisenbogen, um den „Salat“ zu verrichten, das Gebet der Muslime. Granada, einst Hauptstadt des letzten Maurenreiches auf der iberischen Halbinsel, 1492 vom katholischen Königspaar Ferdinand und Isabella erobert, ist heute wieder Anziehungspunkt für Muslime aus aller Welt. Schätzungsweise 15 000 leben inzwischen hier, Tendenz steigend. Die meisten stammen aus dem Maghreb. Sie unterhalten Telefonläden, Teestuben oder Dönerbuden, vor denen die jungen Leute Schlange stehen.

Für Miguel, den Veteran der granadinischen Tourismusindustrie, ist die Rückkehr der Araber ein Glücksfall, weil sie den Denkmälern der Stadt neues Leben einhauchen. Fast achthundert Jahre herrschten sie in Spanien, das sie Al Andalus nannten. Zurück ließen sie touristische Attraktionen wie die Alhambra in Granada. Miguel arbeitet für die Stiftung „Das andalusische Erbe“, die Reisenden und Schülern die Geschichte von Al Andalus nahe bringt. Wenn man der Sprecherin der Stiftung, Ana Carreño, zuhört, hat man indes den Eindruck, dass es ihr um mehr geht als um Standortpflege. Die Araber hätten 711 das Licht der Zivilisation in das düstere Spanien gebracht, systematische Bewässerung, damaszenische Seide und griechische Wissenschaft eingeführt. Ein Geist der Toleranz habe Al Andalus durchweht und ein friedliches Miteinander von Muslimen, Christen und Juden ermöglicht.

Missionarischer Eifer

Heute übt sich Granada wieder in „convivencia“, im Zusammenleben der Kulturen. Im vergangenen Sommer wurde auf dem Gipfel des Albayzin eine Moschee samt islamischem Studienzentrum eröffnet. Dessen Direktor, der Galizier Abdalhasib Castiñeira, konvertierte in den achtziger Jahren zum Islam. Er hängt der Murabitun-Bewegung an, die dem Sufismus nahe steht und die das Ziel verfolgt, den Kapitalismus durch eine islamische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu ersetzen. Der Islam, verbreitet Castiñeira, sei die einzige Lösung für die Probleme der Welt.

Die Zahl der „conversos“, der zum Islam konvertierten Spanier, wächst. Nicht alle treten so missionarisch auf wie Castiñeira. Yusuf Fernández etwa hält die Murabitun für eine Sekte. Er bekehrte sich 1989 zu Allah, nachdem er sich lange für Palästina engagiert und auf diesem Weg den Islam kennen gelernt hatte. Heute ist er Sprecher eines der zwei wichtigsten muslimischen Verbände in

Spanien. Yusuf erinnert an das Buch „Die Moschee von Babel“ des Journalisten Tomás Navarro, das den Murabitun Mitte der neunziger Jahre nazistische Ziele vorwarf. Zudem sei die neomuslimische Bewegung in Andalusien stark vom andalusischen Nationalismus beeinflusst.

In der Tat lässt sich Spaniens Verhältnis zum Islam nicht ohne die Genese des spanischen Staates verstehen. Nach 1492 wurden der Katholizismus und die Abgrenzung vom Islam zum einigenden Band für den Vielvölkerstaat. Das ging bis zum 19. Jahrhundert gut, seither gibt es als Gegenbewegung den katalanischen und baskischen Nationalismus. Ebenso impliziert der Rückgriff auf ein idealisiertes Al Andalus eine besondere andalusische Identität. Vor allem in Zeiten stark zentralistischer Regierungen, wie des Franco-Regimes und – in geringerem Maße – des soeben zu Ende gegangenen „Aznarato“, blühten Diskurse über die Bedeutung des islamischen Erbes für die spanische Identität. Stets geht es dabei um die Frage, ob der Islam ein integraler Bestandteil der spanischen Geschichte oder aber etwas Fremdes, nicht Assimilierbares ist. Letzteres vertritt heute der Schriftsteller César Vidal, dessen Buch „Spanien gegen den Islam. Von Mohammed zu Bin Laden“ die Bestsellerlisten erklommen hat. Aznars Entscheidung, an der Seite der USA in den Irakkrieg zu ziehen, war aus dieser Sicht nur im spanischen Interesse. Die Mehrheit der Spanier sah und sieht das jedoch anders. Viele denken, dass sie Aznar die Anschläge des 11. März zu verdanken haben.

Dies heißt aber nicht, dass die Spanier gegenüber den Arabern sonderlich aufgeschlossen wären. Die Verachtung gegenüber den „Moros“, den Mauren, ist uralt, nach den Anschlägen hat das Misstrauen noch zugenommen. Das ist schlecht, denn durch den ökonomischen Aufschwung der letzten Jahre ist Spanien von einer Nation von Emigranten zum Einwanderungsland geworden. „Die Zahl der Immigranten aus dem Maghreb hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt“, sagt Bernabé López García, Professor für arabische Zeitgeschichte an der Universidad Autónoma de Madrid. Er bedauert, dass Aznar die Beziehungen zu Marokko nach dem Vorfall auf der Petersilieninsel im Herbst 2001 schleifen ließ. Dadurch sei viel Zeit verloren gegangen, die für die Integration der maghrebischen Immigranten hätte genutzt werden können.

Der 11. März hat die Zuwanderer und ihre religiösen Einrichtungen in die Öffentlichkeit gerückt. Seitdem bekannt ist, dass einer der Attentäter als Imam in einer der zahllosen Hinterhofmoscheen wirkte, wird der Wildwuchs der Gebetshäuser als Problem angesehen. In der vergangenen Woche hat die neue Regierung daher eine Gesetzesreform angekündigt, die ein obligatorisches Register der Moscheen und die Kontrolle der Imame vorsieht. Damit hat sie unter den Muslimen geteilte Reaktionen hervorgerufen. Mustapha El M'Rabet, Präsident der größten Gewerkschaft marokkanischer Gastarbeiter, hatte schon vorher angeregt, ein islamisches Gremium zur Kontrolle der Moscheen einzurichten. Aber die Funktionäre der beiden islamischen Dachverbände, die per Gesetz von 1992 in der Islamischen Kommission Spaniens (CIE) zusammengefasst sind, haben beide Initiativen zurückgewiesen, zum Teil mit Begründungen, die verraten, dass es ihnen um die Bewahrung ihres Einflusses geht.

So behauptet der Präsident der CIE, Riay Tatary, ein aus Syrien stammender Arzt, der seit vierzig Jahren in Spanien lebt und einer großen Moschee im Madrider Einwandererviertel Tetuán vorsteht, es gebe in Spanien keine extremistischen Imame. M-Rabet findet diese Behauptung „unverantwortlich“. Er sieht sich als Vertreter jener schweigenden Mehrheit der Einwanderer, die sich in die spanische Gesellschaft integrieren möchten und die von der CIE nicht mehr repräsentiert werde. Hinzu kommt, dass Querelen innerhalb der CIE dem Staat einen bequemen Vorwand geliefert haben, die im Gesetz von 1992 vorgesehene Entwicklung des religiösen Lebens der Muslime, etwa die Einführung des Religionsunterrichts an den Schulen, hintanzustellen.

Demgegenüber hat die neue Regierung erklärt, diesen Prozess wieder aufnehmen zu wollen, und sie hat zugleich finanzielle Zuwendungen an die muslimischen Gemeinden in Aussicht gestellt. Vor allem letzteres könnte die Dinge in Bewegung bringen, denn die Muslime bemühen sich schon lange um eine staatliche Anerkennung, die sich auch in Geld ausdrückt. Nach dem 11. März war die Befürchtung groß, dass die „convivencia“ Schaden nehmen könnte. Die jüngsten Ereignisse lassen dagegen hoffen, dass die Anschläge und ihre Folgen – der Wahlsieg Zapateros samt dem Rückzug der spanischen Soldaten aus dem Irak sowie die erwachte Sensibilität für die Immigration und den Islam – Initiativen wecken, die zur Normalisierung des Zusammenlebens beitragen – für den Schriftsteller Juan Goytisolo eine der größten Herausforderungen der spanischen Gesellschaft.

CHRISTIAN JOSTMANN